

Bericht aus der Sitzung des Gemeinderats vom 12. Dezember 2025

Neues Wohngebiet in Nellmersbach: Prüfung des Bereichs Weilerstraße

In Nellmersbach wurde zuletzt im Jahr 2005 das Wohngebiet Zeisigweg entwickelt. Seither realisierte die Gemeinde je ein neues Baugebiet in Leutenbach („Mühlefeld“) und in Weiler zum Stein („Schafäcker“). Die Schülerzahlen der Grundschule Nellmersbach bewegen sich in den kommenden Jahren an der unteren Grenze der Zweizügigkeit. Von Vereinen erhielt die Verwaltung bereits die Rückmeldung, dass die Mitgliedszahlen der jüngeren Kinder rückläufig sind. Des Weiteren hat die Gemeinde keine Bauplätze mehr, die örtlich verwurzelten und in Vereinen engagierten Bürgerinnen und Bürgern angeboten werden können. Der Bedarf an seniorengerechten Wohnungen ist in Nellmersbach außerdem hoch.

Von den ersten Überlegungen bis zur tatsächlichen Erschließung und dem Verkauf der Baugrundstücke vergehen meist mehrere Jahre, in denen sich viel verändern kann. Im Sinne einer vorausschauenden Planung sollten bereits jetzt mögliche in Betracht kommende Wohnbaugebiete geprüft werden. Daher hat die Verwaltung verschiedene Standorte um den Wohnbezirk Nellmersbach herum untersucht. Grundsätzlich sind die Gebiete „Deckäcker“ und „Lange Äcker“ für die Entwicklung eines Wohngebiets geeignet. Das Gebiet Deckäcker liegt nördlich von Nellmersbach zwischen der bestehenden Bebauung und der Erbstetter Straße, das Gebiet Lange Äcker liegt südlich von Nellmersbach in Erweiterung der Kornblumenstraße zwischen der bestehenden Bebauung an der Blumenstraße und der Bahnlinie.

Aus fachlicher Sicht ist das Gebiet „Deckäcker“ für ein großes Wohnbaugebiet am besten geeignet. Die bestehenden Erschließungsstraßen ermöglichen eine einfache Anbindung an den Bestand. Das Gebiet kann außerdem in bis zu vier Bauabschnitte unterteilt und je nach Bedarf erschlossen werden. Ein so großes Gebiet ist jedoch nicht über den BauTurbo realisierbar, sondern es bedarf einer großen und umfassenden Planung. Und das selbst dann, wenn das Gebiet nur in Einzelabschnitten bebaut werden sollte. Die Verlängerung der Weilerstraße ist nur als kleine Variante denk- und umsetzbar. Gründe sind unter anderem die rechtlichen Vorgaben bezüglich der Streuobstwiesen, die sich im Plangebiet befinden. Streuobstwiesen gelten schon bei kleinen zusammenhängenden Flächen als Biotop und dürfen in der Regel nicht überbaut werden. Für eine Umwandlung in Bauland wird die Genehmigung der

Unteren Naturschutzbehörde benötigt, welche auf Anfrage der Gemeinde beim Landratsamt nicht in Aussicht gestellt wurde. Eine Bebauung in der Senke südlich der Weilerstraße ist außerdem aufgrund der in der Starkregengefahrenkarte ausgewiesenen Überschwemmungsflächen sehr kritisch. Zudem können mittels BauTurbo nur kleine Maßnahmen schnell umgesetzt werden. Der Gemeinderat hat ein großes Baugebiet in diesem Bereich deutlich ausgeschlossen.

Aufgrund der zahlreichen laufenden Großprojekte, wie die Rathaussanierung, die neue Ortsmitte Leutenbach, das Gewerbegebiet Nellmersbach und die neue Ortsmitte Nellmersbach, wird aktuell eine größere Wohngebietsentwicklung vorerst zurückgestellt. Stattdessen soll die Schaffung von neuem seniorengerechtem Wohnraum in Verlängerung der Weilerstraße geprüft werden. Auf dieser vergleichsweise kleinen Fläche können bis zu drei Baukörper entstehen. Der BauTurbo des Bundes verspricht eine schnellere Umsetzung als ein großes Gebiet.

Der Gemeinderat beauftragt mit 16 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen die Verwaltung, die Erweiterung der Weilerstraße zu prüfen. Ziel ist, seniorengerechte Wohnungen mit einem Investor zu entwickeln.

Bauantrag: Genehmigung eines größer erstellten Balkons

Beantragt wird die nachträgliche Genehmigung eines durch die vorherigen Eigentümer größer erstellten Balkons in dem Gebäude „In der Steige 28“.

Der Gemeinderat erteilt mit 18 Ja-Stimmen nach § 36 BauGB das Einvernehmen.

Einbringung des Haushalts- und Wirtschaftsplans 2026

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung der Gemeinde Leutenbach sowie der Wirtschaftsplan der Gemeindewerke Leutenbach für das Haushaltsjahr 2026 werden mit Reden von Bürgermeister Jürgen Kiesel und Ersten Beigeordneten Heiko Nothacker eingebracht

Haushaltsrede von Bürgermeister Jürgen Kiesel am

12. Dezember 2025 (Einbringung)

Haushalt 2026 – trotz Zukunftsinvestitionen kein Sparpaket und keine Steuererhöhungen

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Kommunen schreiben aktuell die historisch schlechtesten Jahresabschlüsse seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Inzwischen ist auf allen Ebenen klar, dass es so nicht mehr weitergehen kann.

Wir brauchen eine Aufgaben- und Standardkritik, die den Mut hat, Prioritäten zu setzen. Wir brauchen die Bereitschaft, uns zu hinterfragen: Was kann und muss der Staat leisten – und was kann er nicht mehr leisten, ohne sich selbst zu überfordern? Dazu gehören Ehrlichkeit sowie ein pragmatischer Realismus.

„Eine umfassende Staatsreform ist keine Option, sondern eine demokratische Notwendigkeit.“ – so Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

„Je handlungsfähiger der Staat ist, desto größer ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Gemeinwesen.“ – so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, als er die Bundesregierung zu Reformen bei staatlichen Entscheidungs- und Handlungsprozessen aufgefordert hat.

Der französische Philosoph und Staatsdenker Montesquieu wusste schon vor 300 Jahren: Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.

Im Koalitionsvertrag steht: „Wir werden keine neuen Aufgaben, Standards und Rechtspflichten auf die Kommunen übertragen.“ Ein Anfang. Immerhin.

Die Kommunen sind Garanten unserer Demokratie. Sie stehen – wie schon in der Paulskirchenverfassung von 1849 angelegt und in Artikel 28 des Grundgesetzes verankert – für die Selbstverwaltung der Menschen auf örtlicher Ebene.

Ohne diese kommunale Selbstverwaltung hätte es weder die Stabilität nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben, noch das Wirtschaftswunder, noch den sozialen Zusammenhalt, der in Deutschland bis heute die Basis unseres gesellschaftlichen Miteinanders ist.

Als vor rund 200 Jahren Freiherr von Stein die große Gemeindereform in die Wege geleitet hat, gab es keine Landesparlamente und keine Bundesregierung. Doch es gab eine kommunale Basis. Gemeinderäte hat es schon gegeben, bevor an Parlamente

auch nur gedacht wurde. Diese Tradition sollte allen politischen Ebenen eine Verpflichtung sein, sie zu bewahren und zu stärken.

Straßen, Brücken, Wasserversorgung, Kindergärten und Horte, Schulen, Feuerwehr, Sport und Kultur, Vereinsförderung und vieles mehr: Niemand weiß besser, was für das Leben der Menschen gut ist, als die Menschen, die in den Rathäusern arbeiten oder im Gemeinderat Verantwortung tragen.

Die kommunale Ebene erfüllt zwischen 80 und 85 Prozent der staatlichen Aufgaben, zu einem großen Teil ohne eine ausreichende Finanzausstattung. Es ist unumgänglich, dass die Kommunen einen deutlich höheren Anteil an den Gemeinschaftssteuern wie der Umsatzsteuer oder Einkommenssteuer erhalten, bis eine grundlegende Reform greift.

Das vom Land geschnürte Milliardenpaket, um den Kommunen finanziell zu helfen, ist ein starkes Signal für die kommunalen Haushalte in dieser schwierigen Zeit. 8,75 Milliarden Euro fließen aus dem Sondervermögen für kommunale Infrastruktur des Bundes in die kommunale Infrastruktur. Rund 7,5 Mio. Euro zu uns nach Leutenbach. Allerdings verteilt auf 12 Jahre.

Es braucht mehr Entscheidungsspielraum für die Kommunen. Mehr Beinfreiheit anstatt kleinlicher Vorgaben. Mehr Vertrauen und weniger Misstrauen: Hier geht es nicht nur um konkrete Maßnahmen, sondern um eine grundsätzliche Einstellung und Haltung der Verantwortlichen in Bund und Land sowie in den Behörden.

Wir benötigen auch eine andere Grundhaltung in Teilen unserer Bevölkerung. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung verlässt sich auf den Staat nach dem Motto: Der Staat kann alles. Und immer mehr Menschen haben den Anspruch des Amazon-Prime-Prinzips an die Verwaltung: Was ich heute bestelle, muss morgen geliefert werden.

Von den Menschen, die hauptsächlich an ihre eigenen Interessen denken und weniger an das Gemeinwohl, von denen müssen wir freundlich, aber mit Nachdruck eine andere Grundhaltung einfordern: mehr Eigenverantwortung, mehr Leistungsbereitschaft. Weniger Vollkasko-Mentalität, mehr Bürgermentalität.

Ich bin froh, dass bei einem Großteil der Menschen in unserer Gemeinde nach wie vor diese Bürgermentalität zu spüren ist, die geprägt ist von Gemeinsinn und von der Bereitschaft, sich einzubringen. In diesem Jubiläumsjahr haben viele Menschen Beeindruckendes geleistet. Beeindruckendes an Kreativität. Beeindruckendes an

zeitlichem Einsatz. Im Hauptamt sowie im Ehrenamt. An dieser Stelle nochmals allen meinen großen Dank und Respekt dafür!

Wir lesen beinahe täglich in der Zeitung, welchen Belastungen die kommunalen Haushalte ausgesetzt sind. Deshalb müssen wir „vor-sichtig“ sein und unseren Haushalt auf Sicht fahren.

Deutschland steckt in der längsten Krise seit Gründung der Bundesrepublik – die Wirtschaft ist seit sechs Jahren nicht gewachsen. Die Alarmglocken schrillen.

Deutsche Unternehmen investieren kaum mehr. Dass Firmen wie Miele und BASF Industrieanlagen im Land abbauen und im Ausland wiederaufbauen, spricht Bände. Zudem wird Deutschland zunehmend zum Ausweichmarkt für chinesische Unternehmen, weil sich die USA von China abschotten.

Inwieweit die milliardenschweren Staatsausgaben für Infrastruktur, Klima und Verteidigung der Wirtschaft einen Schub geben und eine Trendwende bewirken können, bleibt abzuwarten.

Doch warum sollte es uns in Deutschland, und gerade in unserer an Ideen und Patentanmeldungen reichen Region Stuttgart nicht gelingen, die Industrie so zu transformieren, dass die Wirtschaft wieder wächst und damit der Sozialstaat weiterhin finanziert werden kann? Z.B. über die Künstliche Intelligenz.

Wobei es auch beim Sozialstaat nicht ohne Einschnitte so weitergehen kann. Die Sozialleistungen treiben die Kreisumlagen in kaum noch bezahlbare Höhen. In Leutenbach hat sich die Kreisumlage seit 2023 von rund 5,8 Mio. auf rund 7,8 Mio. Euro erhöht.

Beinahe täglich lesen wir in der Zeitung, wie anderenorts Gemeinderäte Sparpakete beschließen, sowie globale Minderausgaben oder monatelange Wiederbesetzungssperren beschlossen werden. Warum nicht bei uns in Leutenbach? Das liegt an verschiedenen Faktoren, die uns gleich Heiko Nothacker in seiner ersten Haushaltsrede als Erster Beigeordneter darlegen wird.

Meinerseits nur einige wenige Eckpunkte: Erstens: Auch mit dem Haushalt 2026 sind weiterhin Zukunftsinvestitionen möglich.

Wir haben in Leutenbach keinen Investitionsstau bei unseren Schulen, Kindergärten, Hallen etc. Doch wir werden in den nächsten Jahren unsere Anstrengungen bei der Sanierung der Wasserleitungen erhöhen müssen. Die Zahl der Wasserrohrbrüche steigt. Die Sanierung in der Wiesentalstraße läuft. Die Hauptstraße steht ganz oben auf der Agenda.

Wir wollen im nächsten Jahr auch beim Klimaschutz weiterkommen. Im ersten Quartal wird unsere Klimabeauftragte dem Gemeinderat eine Bilanz ihrer bisherigen Arbeit vorlegen als Grundlage für die weiteren Entscheidungen des Gemeinderats.

Wir können beim Klimaschutz weltweit nur dann erfolgreich sein, wenn Staaten wie Deutschland anderen Staaten ein Vorbild sind – mit klaren Zielen und Maßnahmen, die ökologisch etwas bewirken, wirtschaftlich tragfähig sind und von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Wir melden für den Haushalt 2026 insgesamt 8,77 Stellen weniger an als 2025. Das liegt auch daran, dass wir weniger Personen in Altersteilzeit beschäftigen oder wegen Elternzeit Doppelstellen entfallen. Doch es ist in dieser aktuellen Situation ein starkes Signal einer sparsamen und weitsichtigen Finanzplanung.

In der Zeitung war vor kurzem von Personalquoten bei anderen Kommunen in Höhe von 35 Prozent und sogar 40 Prozent zu lesen. Wir liegen bei 32 Prozent. Von jedem Euro fließen also 32 Cent in unser Personal. Bei 35 Prozent hätten wir 1 Mio. Euro höhere Ausgaben im Ergebnishaushalt. Bei 40 Prozent wären es 2,6 Mio. Euro.

Uns allen hier im Saal ist es ein Anliegen, dass wir in Leutenbach weiterhin in einer aktiven und lebendigen Gemeinde leben können. In der unsere Kinder und Enkel die Grundlagen bekommen für einen guten Lebensweg, um ihre Begabungen entfalten sowie ihre Persönlichkeit entwickeln zu können.

Wir können im nächsten Jahr wieder einige große Schritte machen: In zwölf Monaten wird es nicht mehr weit sein bis zur Eröffnung unserer kleinen Markthalle mit Metzger, Bäcker und Bank. In zwölf Monaten wird der Kindergarten auf dem ALDI-Markt in Betrieb sein. In zwölf Monaten werden hoffentlich die Planungen für die neue Ortsmitte mit dem Bürgerhaus und dem Gewerbegebiet in Nellmersbach sowie die veränderte Ortsmitte im Wohnbezirk Leutenbach vorangekommen sein.

Mit Sorge erfüllt uns, dass in Nellmersbach die Eigentümerin der Postagentur diese Mitte nächsten Jahres aufgeben will. Denn es handelt sich hier nicht um eine Postagentur im klassischen Sinne, sondern um eine Art Dorfladen mit einem vielfältigen Angebot, das die Menschen zusammenbringt.

Dieses Angebot sollten wir unbedingt erhalten. Ich bin der Eigentümerin außerordentlich dankbar, dass sie bereit ist, die Immobilie an die Gemeinde zu verkaufen, damit wir eine für Nellmersbach gute Nachfolgeregelung finden können. Idealerweise, dass der Dorfladen wie bisher weitergeführt wird.

Vielen Dank dem Gemeinderat, der diesen Kauf unterstützt. Wir profitieren damit von unserem neuen Eigenbetrieb WIE (Werte, Immobilien und Energieerzeugung), mit dem wir, ohne den Kernhaushalt zu belasten, diese Immobilie erwerben und dauerhaft als Eigentümer über die Nutzung entscheiden können. So wie auch bei der kleinen Markthalle am Löwenplatz.

Dass unsere Strategie so schnell Früchte trägt, hätte vor wenigen Wochen niemand gedacht. Der Gemeinderat hat sich damit wieder einmal als weitsichtig und pragmatisch sowie bürgerorientiert erwiesen.

Noch eine gute Nachricht: Beim Staatsanzeiger-Award, dem Preis für beispielhafte kommunale Projekte, wurden unsere Projekte „Schwäbisch im Kindergarten“ (unter 21 Bewerbungen in der Kategorie „Bürgermeister in Mission“) sowie das Leutenbacher Musikmodell (unter 35 Bewerbungen in der Kategorie „Kommune für alle“) unter die ersten Drei gewählt. Die Entscheidung fällt im März 2026 in Stuttgart.

Wir können auch in diesen schwierigen Zeiten mit Zuversicht die Aufgaben der Zukunft anpacken. Vielen Dank dem Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Das wünsche ich uns auch für das kommende Jahr.

Unserem Ersten Beigeordneten Heiko Nothacker sowie allen Beteiligten aus Kämmerei und Verwaltung danke ich für die Vorbereitung des Haushalts für 2026.

Haushaltsrede des Ersten Beigeordneten Heiko Nothacker zur Einbringung des Haushalts am 12. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kiesel,

meine Damen und Herren des Gemeinderats,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich die konkreten Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2026 vorstelle, möchte ich die übergeordneten wirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen betrachten. Sie bilden den Hintergrund für viele Entscheidungen, die auf kommunaler Ebene zu treffen sind – und sie bestimmen maßgeblich den Gestaltungsspielraum unserer Gemeinde.

1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Nach den außergewöhnlichen Krisenjahren – von Lieferkettenstörungen über pandemiebedingte Einbrüche bis hin zu stark steigenden Energiepreisen – hat sich die wirtschaftliche Lage zwar etwas beruhigt, doch von Stabilität kann weiterhin nicht die Rede sein. Die Inflation ist zwar rückläufig, bleibt jedoch über den langjährigen Durchschnittswerten. Für Kommunen bedeutet dies vor allem eines: anhaltend hohe Preise für Dienstleistungen, Energie und insbesondere im Bauwesen.

Gerade Bau- und Sanierungskosten liegen heute deutlich über den Werten früherer Jahre. Viele Kommunen erleben, dass Projektkostenkalkulationen in immer kürzeren Zyklen überarbeitet werden müssen. Dadurch wird Planungssicherheit eingeschränkt, und Investitionen werden anspruchsvoller – sowohl bei Neubauten als auch bei der dringend notwendigen Sanierung bestehender Infrastruktur.

2. Kommunale Finanzlage in Baden-Württemberg

Die Finanzlage der Kommunen im Land ist seit einigen Jahren von einem strukturellen Ungleichgewicht geprägt. Die Ausgaben steigen schneller als die Einnahmen. Viele Städte und Gemeinden verzeichnen kaum noch positive Jahresergebnisse. Insbesondere die Bereiche Kinderbetreuung, Schulen und soziale Leistungen beanspruchen einen immer größeren Anteil der kommunalen Haushalte. Der kommunale Finanzierungsanteil an staatlichen Aufgaben wächst, obwohl die Kommunen nur einen vergleichsweise kleinen Teil des gesamten Steueraufkommens erhalten.

Die kommunale Ebene trägt heute einen erheblichen Teil gesellschaftlicher Aufgaben – von der frühkindlichen Bildung über die Integration bis hin zum Klimaschutz. Gleichzeitig werden neue gesetzliche Vorgaben und Ausweitungen bestehender Rechtsansprüche oftmals nicht voll finanziert. Die Konsequenz ist eine zunehmende Belastung der Haushalte und eine spürbare Einschränkung der Handlungsspielräume.

3. Beispiele für kommunale Mehrbelastungen

Ein Bereich, der besonders heraussticht, ist die Kinderbetreuung. Der Rechtsanspruch auf Betreuung ist richtig und gesellschaftlich notwendig. Doch während Investitionen in Gebäude und Ausstattung über Programme gefördert werden, bleiben die hohen laufenden Betriebskosten überwiegend bei den Kommunen hängen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an Qualität, Personalausstattung und Öffnungszeiten. Die

Gemeinden stehen damit vor der Aufgabe, gesetzliche Vorgaben, Fachkräftemangel und finanzielle Tragfähigkeit in Einklang zu bringen.

Ähnlich herausfordernd ist der Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Der ab 2026 schrittweise geltende Rechtsanspruch wird erhebliche Folgeaufwendungen nach sich ziehen. Die Kommunen müssen nicht nur Räume schaffen, sondern dauerhaft Personal finanzieren, Verpflegung organisieren und verlässliche Strukturen aufbauen. Auch hier fehlt vielerorts eine auskömmliche Dauerfinanzierung.

Weitere Belastungen entstehen durch Aufgaben im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung. Kommunen werden zunehmend in die Pflicht genommen, Gebäude energetisch zu ertüchtigen, erneuerbare Energien auszubauen und Infrastruktur gegen Extremwetter widerstandsfähiger zu machen. Förderprogramme unterstützen dies, decken aber nur einen Teil der Gesamtkosten ab und sind häufig an komplexe Verfahren und enge Zeitvorgaben gebunden.

4. Zinsentwicklung und Auswirkungen auf öffentliche Haushalte

Eine Entwicklung, die für die kommunalen Finanzen besonders bedeutsam ist, betrifft die Zinsen. Nach einer langen Phase historisch niedriger Zinsen hat sich das Niveau innerhalb kurzer Zeit spürbar erhöht. Was in der Vergangenheit kaum ins Gewicht fiel, wird nun zu einem relevanten Kostenfaktor.

Für Kommunen bedeutet dies:

Darlehen werden teurer: Neue Kredite belasten die Haushalte deutlich stärker als noch vor wenigen Jahren.

Finanzierungsspielräume schrumpfen: Projekte, die bei niedrigen Zinsen problemlos tragbar waren, müssen heute neu bewertet oder sogar zurückgestellt werden.

Wettbewerb auf dem Kapitalmarkt nimmt zu: Die öffentliche Hand ruft insgesamt ein sehr hohes Kreditvolumen ab – für Investitionen in Schulen, Straßen, Energie oder Digitalisierung. Diese hohe Nachfrage führt dazu, dass sich die Konditionen für Kommunen spürbar verschlechtern haben.

Öffentliche Kreditnehmer sind nicht mehr automatisch im Vorteil: Wo früher Kommunen aufgrund ihrer Sicherheit deutlich günstigere Zinsen als private Unternehmen erhielten, haben sich die Spreads inzwischen angenähert.

Damit wird deutlich: Eine aktive und robuste Zins- und Schuldenstrategie wird zu einem zentralen Baustein kommunaler Finanzpolitik. Es ist notwendig, Laufzeiten, Tilgungsstrukturen und mögliche Absicherungsinstrumente sorgfältig zu planen. Ebenso gilt es, Förderdarlehen konsequent zu nutzen und Investitionen realistisch zu priorisieren.

Die Eckdaten des Leutenbacher Haushalts 2026 lauten:

- Der Haushaltsausgleich wird 2026 nicht erreicht – wir schließen mit -483.100 Euro ab.
- 931.700 Euro können aus dem Ergebnishaushalt in den Finanzhaushalt übertragen werden.
- 586.700 Euro stehen für Investitionen zur Verfügung.

Gesamtergebnishaushalt

Nr.	Ergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR	2027 EUR	2028 EUR	2029 EUR
		1	2 [1]	3	4 [2]	5	6
1	Steuern und ähnliche Abgaben	15.337.000	16.219.000	16.904.000	17.884.000	18.427.000	18.940.000
2	+ Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	12.375.000	12.804.000	13.988.500	13.951.000	14.101.000	14.251.000
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	516.800	491.600	319.800	315.600	289.400	283.700
5	+ Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	3.178.100	3.603.600	3.965.100	3.935.100	3.950.100	3.766.100
6	+ Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	570.230	555.183	171.000	171.800	172.100	172.400
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	160.000	180.000	165.300	152.300	152.300	152.300
8	+ Zinsen und ähnliche Erträge	52.300	54.300	36.300	36.300	36.300	36.300
10	+ sonstige ordentliche Erträge	806.850	603.550	867.600	867.600	867.100	867.100
11	= Ordentliche Erträge (Summe aus Nummern 1 bis 10)	32.996.280	34.511.233	36.417.600	37.313.700	37.995.300	38.468.900
12	- Personalaufwendungen	10.861.200	11.269.010	11.842.600	12.134.100	12.485.200	12.720.700
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.697.000	6.635.650	7.083.900	6.693.600	6.328.200	6.069.700
15	- Abschreibungen	2.201.900	2.151.500	1.720.100	1.645.900	1.588.900	1.541.200
16	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	125.300	135.300	165.300	350.300	440.300	545.300
17	- Transferaufwendungen	11.840.610	12.892.000	14.104.200	14.259.600	14.380.600	14.469.600
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.820.160	1.739.210	1.984.600	1.958.600	1.962.700	1.967.700
19	= Ordentliche Aufwendungen (Summe aus Nummern 12 bis 18)	32.546.170	34.822.670	36.900.700	37.042.100	37.185.900	37.314.200
20	= Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nummern 11 und 19)	450.110	- 311.437	-483.100	271.600	809.400	1.154.700
21	+ Außerordentliche Erträge	0	50.000	0	0	0	0
23	= Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus Nummer 21 und 22)	0	50.000	0	0	0	0
24	= Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus Nummern 20 und 23)	450.110	- 261.437	-483.100	271.600	809.400	1.154.700
nachrichtlich:							
Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen: [2]							
26	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	450.110	0	0	271.600	809.400	1.154.700
28	Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	261.437	483.100	0	0	0

Diese Eckdaten zeigen einmal mehr, wie stark unser Haushalt weiterhin von äußeren Rahmenbedingungen abhängig ist. Gleichzeitig erkennen wir deutlich, dass die Gemeinde prinzipiell kein Einnahmeproblem hat. Unsere Gesamteinnahmen steigen seit Jahren in einem stabilen, gesunden Maß. Die Herausforderungen liegen vielmehr auf der Ausgabenseite: Die laufenden Aufwendungen sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen, als es die Einnahmen tun – insbesondere im Bereich der Personal- und Transferausgaben.

Dennoch ist hervorzuheben, dass der Anteil der Personalkosten an den Gesamtaufwendungen bei uns im Vergleich zu anderen Gemeinden geringer ist. Dies zeigt, dass wir keineswegs ein Übermaß an Personal aufgebaut haben, sondern im Gegenteil unsere Aufgaben mit einer schlankeren Verwaltung bewältigen als viele andere Kommunen.

Gesamtergebnis 2026-2029

36.900.700	37.042.100	37.185.900	37.314.200
-483.100	271.600	809.400	1.154.700
0	0	0	0
0	0	0	0
-483.100	271.600	809.400	1.154.700

Für das Jahr 2026 müssen wir – wie erwähnt – mit einem negativen Gesamtergebnis von rund 483.000 Euro rechnen. Diese Unterdeckung kann vollständig mit positiven Jahresergebnissen aus den Vorjahren ausgeglichen werden.

Keine Steuererhöhungen 2026

Trotz des negativen Jahresergebnisses wird es 2026 keine Steuererhöhungen geben. Bereits im letzten Jahr haben wir die Hebesätze der Grundsteuer B moderat angepasst und damit die Inflation der vergangenen Jahre aufgegriffen. Viele Kommunen ziehen nun – mit einem Jahr Verzögerung – nach und erhöhen ihrerseits die Grundsteuer und teilweise auch die Gewerbesteuer. Das bestätigt, dass unsere Entscheidung im vergangenen Jahr richtig war.

Ob für 2027 weiterer Anpassungsbedarf besteht, wird erst die Entwicklung im Laufe des Jahres 2026 zeigen.

Nach aktueller Prognose können wir in den Folgejahren wieder positive Ergebnisse erzielen und damit unsere Abschreibungen vollständig erwirtschaften. Eine gewisse Unsicherheit bleibt jedoch, da niemand genau vorhersehen kann, wie sich die Rahmenbedingungen entwickeln.

Gesamtaufwendungen 2026-2029

36.900.700	37.042.100	37.185.900	37.314.200
-------------------	-------------------	-------------------	-------------------

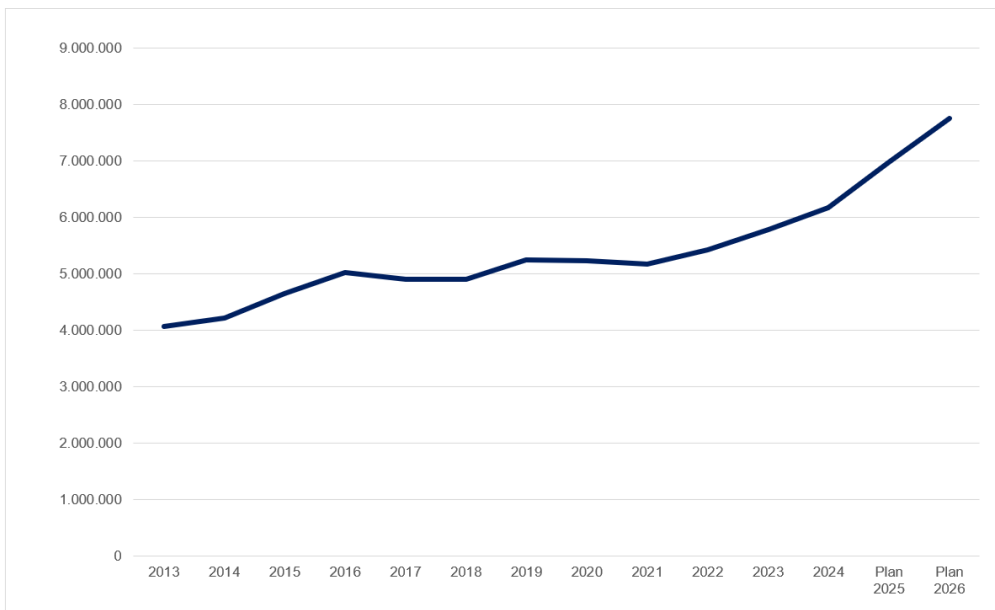
Hauptaufwendungen	Höhe in Mio. Euro
Personalkosten	11,9
Kreisumlage	7,8
FAG-Umlage	4,8

Auch 2026 steigen die Gesamtaufwendungen weiter an – erneut auf einen historischen Höchststand. Die größten Positionen bleiben die Personalkosten, die Kreisumlage sowie die FAG-Umlage.

Die Personalkosten bilden weiterhin mit Abstand den größten Ausgabenblock. Neue Tarifabschlüsse führen zwangsläufig zu höheren Aufwendungen. Gleichzeitig lebt eine Verwaltung von qualifiziertem und engagiertem Personal. Eine angemessene und konkurrenzfähige Vergütung ist daher zwingend notwendig, um unsere Mitarbeitenden langfristig zu halten und die steigenden Anforderungen bewältigen zu können.

Der Anteil der Personalkosten liegt 2026 bei 32,1 % und damit leicht unter dem Vorjahreswert. Dies zeigt, dass wir Personalbedarfe sehr kritisch prüfen und nicht leichtfertig ausweiten – trotz steigender und komplexer werdender Aufgaben.



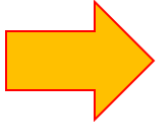
Entwicklung der Kreisumlage



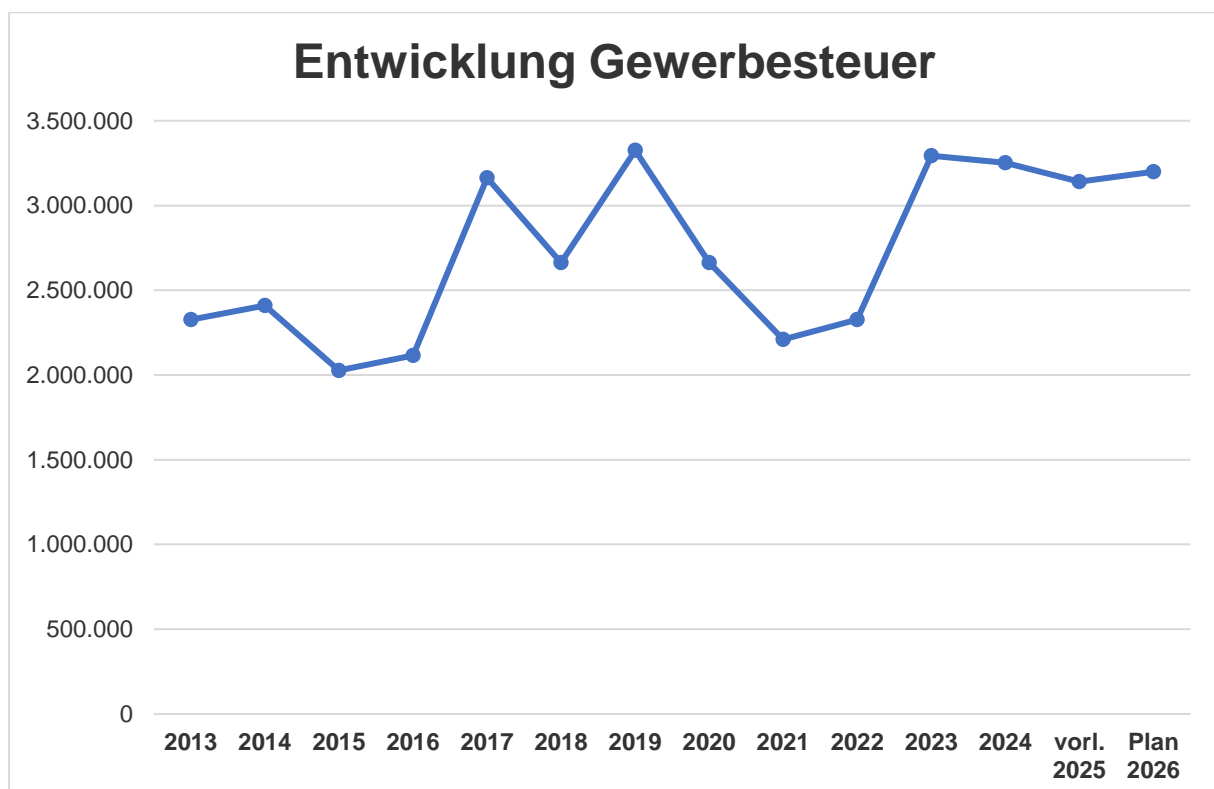
Die Kreisumlage steigt 2026 um 0,5 Prozentpunkte auf 36 %. Für uns bedeutet dies Mehrkosten von rund 800.000 Euro gegenüber 2025. Zu Beginn der Haushaltsberatungen wurde sogar ein noch höherer Hebesatz ins Gespräch gebracht. Es ist daher anzunehmen, dass auch in den kommenden Jahren weitere Steigerungen folgen werden.

Ein Blick auf die Erträge verdeutlicht die Lage weiter:

Haupterträge im Haushalt 2026

- **Schlüsselzuweisungen:**
 - Erhöhung von 10 auf 10,5 Mio. Euro 
- **Gemeindeanteil Einkommensteuer**
 - Erhöhung von 9,86 auf 10,35 Mio. Euro 
- **Gewerbesteuer**
 - Gleichbleibend bei 3,2 Mio. Euro 

Die wichtigsten Einnahmepositionen – Einkommensteueranteil und Schlüsselzuweisungen – entwickeln sich zwar positiv, jedoch nicht mehr so dynamisch wie in den Jahren vor 2024. Durch die steigenden Ausgaben sind wir jedoch darauf angewiesen, dass auch die Einnahmen weiterhin entsprechend wachsen.



Bei der Gewerbesteuer bewegen wir uns nun seit rund drei Jahren stabil über der 3-Millionen-Euro-Marke. Die Zahlen schwanken zwischen 3,1 und 3,3 Millionen Euro. Eine deutliche Steigerung darüber hinaus ist derzeit nicht absehbar. Wichtig bleibt, dass diese Einnahmen zuverlässig in der prognostizierten Höhe eingehen.

Wie bereits im letzten Jahr erläutert, können wir keine zusätzlichen Erträge durch die Veräußerung gemeindeeigener Bauplätze erwarten. Das Ergebnis der kommenden Jahre kann damit nicht durch Grundstücksverkäufe stabilisiert werden. Damit steigt unsere Abhängigkeit von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung.

Ein zentraler Indikator für die Leistungsfähigkeit eines Haushalts ist der Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt. Er zeigt, wie viel aus der laufenden Verwaltung für den Finanzhaushalt zur Verfügung steht.

Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts

13	- Zinsen und ähnliche Auszahlungen	125.300	135.300	165.300	0	350.300	440.300	545.300
14	- Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	11.840.610	12.892.000	14.104.200	0	14.259.600	14.380.600	14.469.600
15	- Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	1.810.160	1.729.210	1.969.600	0	1.943.600	1.947.700	1.952.700
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	30.334.270	32.661.170	35.165.600	0	35.381.200	35.582.000	35.758.000
17	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	2.144.510	1.358.063	931.700	0	1.616.400	2.123.400	2.426.700
18	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	621.000	1.646.000	1.632.000	0	1.620.000	0	0
19	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	8.000	8.000	8.000	0	8.000	8.000	8.000

Nettoinvestitionsraten

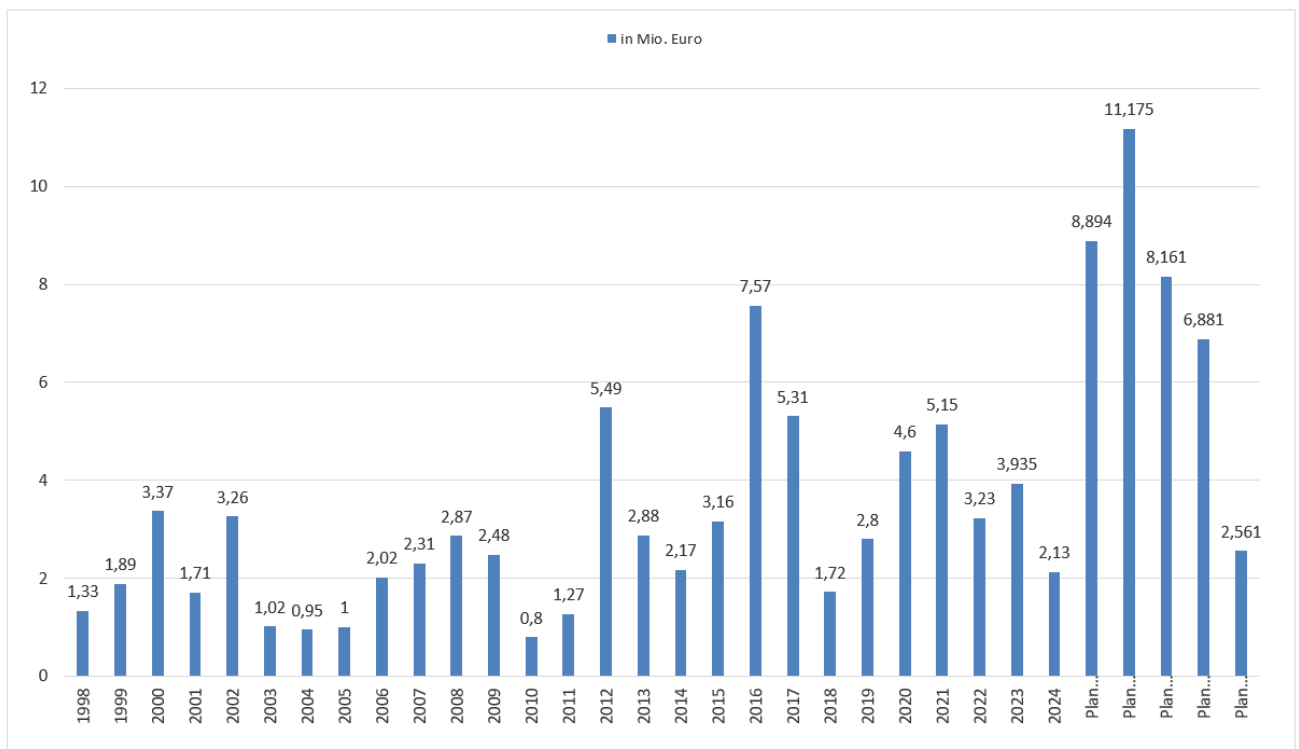
2024	2025	2026	2027	2028	2029
1.718.510	908.063	586.700	1.241.400	1.423.400	1.551.700

Für 2026 beträgt dieser Überschuss rund 931.700 Euro – kein starker Wert. Nach Abzug der geplanten Tilgungen bleiben nur etwa 600.000 Euro Eigenmittel für Investitionen. Bei einem Investitionsvolumen von über 11 Millionen Euro bedeutet dies, dass wir einen beträchtlichen Teil der Investitionen kreditfinanzieren müssen.

Gleichzeitig zeigt der Vergleich mit vielen anderen Kommunen: Viele Gemeinden schaffen es inzwischen nicht einmal mehr, überhaupt einen positiven Überschuss zu erwirtschaften. Unsere vergleichsweise solide Lage ist auch darauf zurückzuführen, dass wir in den guten Jahren bewusst keine überhöhten Standards aufgebaut haben, die uns heute belasten würden.

Die Finanzlage der Gemeinde Leutenbach bleibt damit solide und der Haushalt ist genehmigungsfähig – was längst nicht bei allen Kommunen im Kreis selbstverständlich ist.

Investitionen



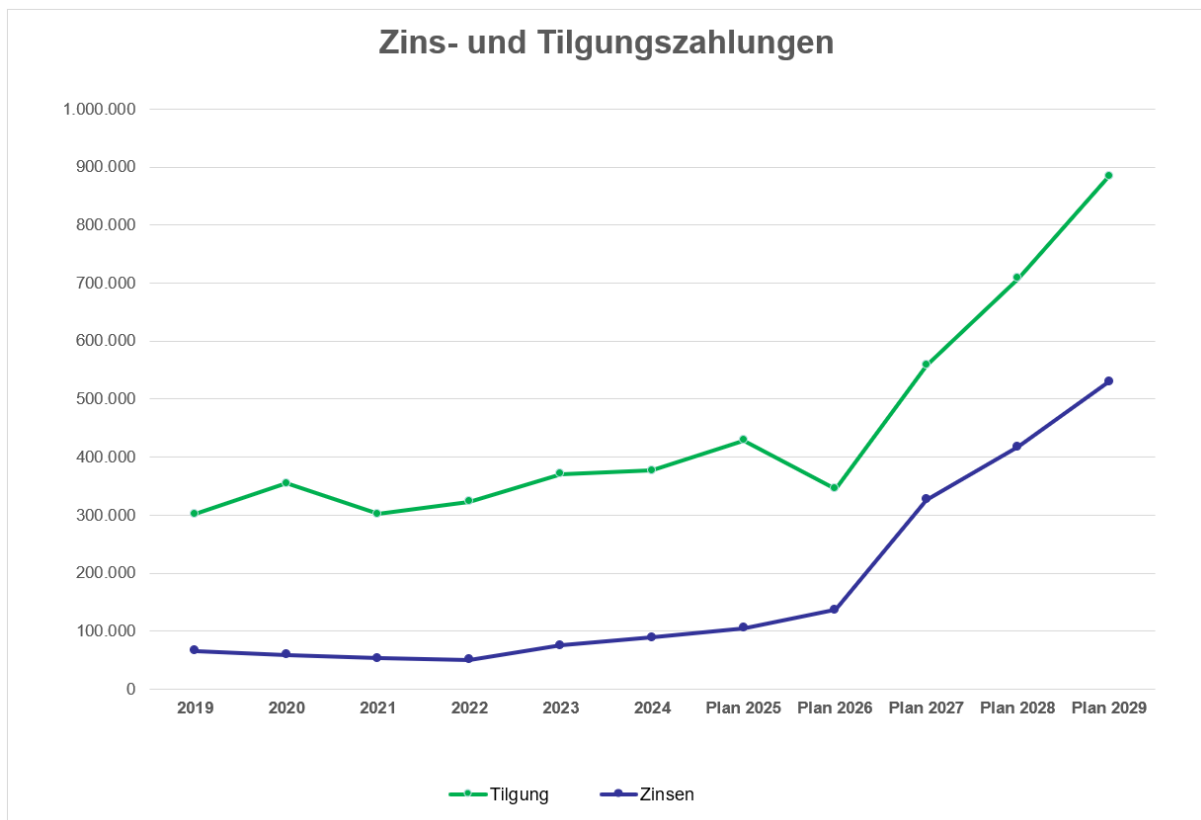
Die geplante Investitionssumme beläuft sich auf rund 11 Millionen Euro – ein außerordentlich hohes Niveau. Verantwortlich hierfür sind vor allem drei große Einzelprojekte:

- Rathaus-Sanierung
- Erwerb der Fläche Gartenbau Mayer
- Grundstückskäufe für das Gewerbegebiet Nellmersbach

Allein diese drei Projekte summieren sich auf 6,1 Millionen Euro.

Durch den Erwerb der Fläche des Gartenbaubetriebs können künftig deutlich höhere Investitionen am bisherigen Bauhofstandort vermieden werden – ein klarer finanzieller Vorteil.

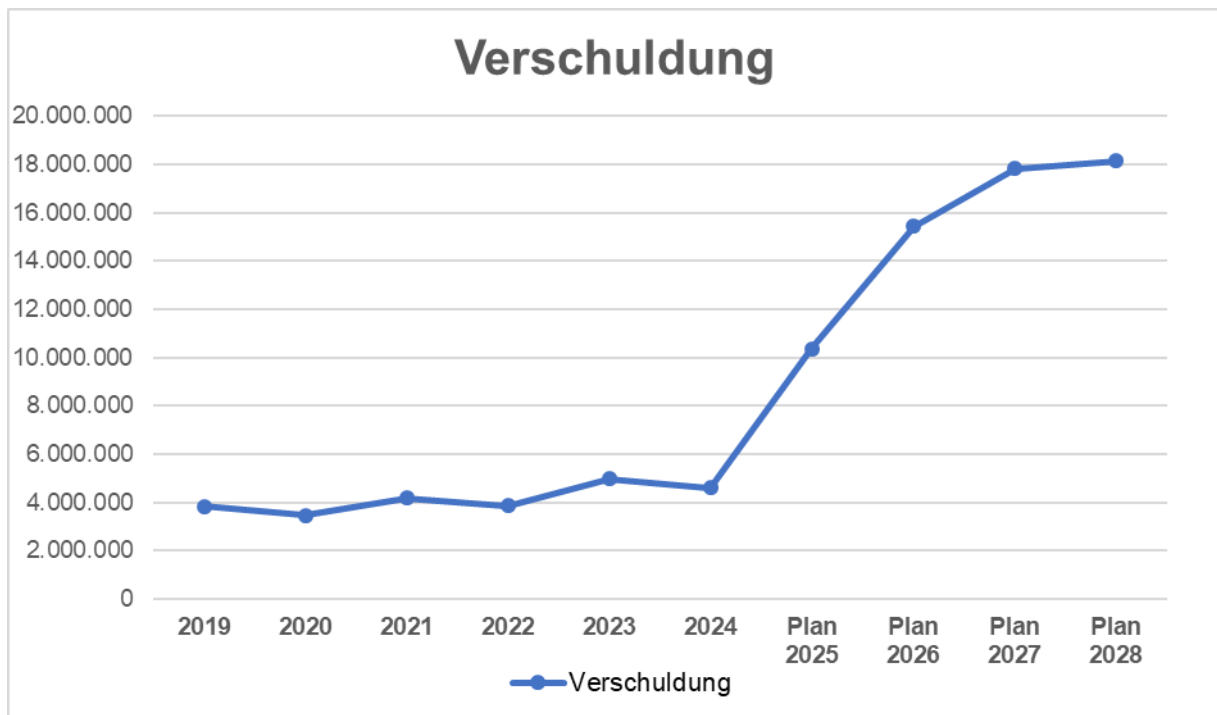
Die Auszahlungen für das Gewerbegebiet Nellmersbach stellen im Kern eine Vorfinanzierung dar: Mit dem späteren Verkauf der Bauplätze können die aufgenommenen Darlehen getilgt werden.



Ein Blick auf die Entwicklung der Zins- und Tilgungsleistungen zeigt eine deutlich ansteigende Kurve. Der Knick im Jahr 2026 ist durch die Gründung des Eigenbetriebs WIE bedingt, in den zum 1. Januar 2026 ein Teil der bisherigen Darlehen übergeht.

Die Zinsaufwendungen – in den Niedrigzinsjahren nahezu bedeutungslos – werden bis 2029 voraussichtlich auf rund 520.000 Euro steigen.

Um die Verschuldung möglichst gering zu halten, werden wir unsere liquiden Mittel auf das gesetzliche Minimum reduzieren.



Die Gesamtverschuldung wird dennoch bis 2029 voraussichtlich auf rund 21,3 Millionen Euro anwachsen. Diese Zahl wirkt hoch, ist aber erklärbar:

Es stellt sich immer die Frage, ob alle Investitionen wie geplant umgesetzt werden. Zudem entfallen erhebliche Kreditaufnahmen auf Grundstückskäufe und Erschließungsmaßnahmen. Die spätere Vermarktung dieser Flächen führt erfahrungsgemäß zu kurzfristigen Entschuldungseffekten.

Zum Schluss möchte ich mich bedanken:

Bei Bürgermeister Kiesel, bei allen Amtsleitern und insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei. Trotz eines außergewöhnlich hohen Arbeitsaufkommens und des großflächigen EDV-Ausfalls ist es gelungen, den Haushalt rechtzeitig und in gewohnt hoher Qualität aufzustellen.

Bekanntgaben / aktuelle Informationen

Verhandlungen zum Kauf des Versandhandel- und Schreibwarenladens in der Weilerstraße in Nellmersbach

Die Verwaltung gibt bekannt, dass die Gemeinde Leutenbach Verhandlungen bezüglich des Kaufs des Versandhandel- und Schreibwarenladens in der Weilerstraße

in Nellmersbach aufnehmen wird. Der Gemeinderat hat den Grundsatzbeschluss gefasst, das Ladengeschäft zu erwerben.

Beteiligung an der Windparkgesellschaft

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung im Juli 2025 die Beteiligung an der Windparkgesellschaft am Hörnle beschlossen. Laut Beschlussfassung soll die Beteiligung 4,075 % betragen. Aufgrund der Beteiligungen von Gesellschaftern, die in Tausendstel abgerechnet werden, kann dieser Anteil nicht umgesetzt werden. Laut Verträgen wird sich Leutenbach mit genau 4 % beteiligen.

Barrierefreie Toiletten für Gemeindeveranstaltungen

Ein Gemeinderat bittet darum, dass an Gemeindeveranstaltungen zukünftig barrierefreie Toiletten bereitgestellt werden. Die Verwaltung bestätigt, dass an der Hocketse bereits eine Handicap-Toilette in der Bachstraße vorhanden ist und am Weihnachtsmarkt ist der Treffpunkt geöffnet. Zukünftig wird jedoch darauf geachtet, dass diese Möglichkeiten deutlich sichtbarer werden.